

## **Prozesserklärung: Die Gerichte und die Atomkraft**

Wenn ich Menschen erzähle, weshalb ich angeklagt bin, fragen viele erstaunt: „Was? Dafür haben Gerichte Zeit und Energie?“ „Für Getränke und eine Decke?“

Natürlich haben Gerichte Energie dafür, denn es geht hier um nicht weniger als die Verteidigung des herrschenden status quo. Gerichte mögen es nicht, wenn Menschen nicht klein begeben und sich weigern zu beteuern, sie würden so etwas nie wieder tun. „Die Verteidigung der Rechtsordnung gebietet daher die Verurteilung zu der Strafe“, „da die Angeklagte mehrfach ankündigte sich auch im Falle einer Verurteilung nicht von ähnlich gelagerten Aktionen abbringen zu lassen.“ so schreibt es auch Richter Dr. Narwold im erstinstanzlichen Urteil. Und wo kämen wir dahin, wenn alle Uranzüge blockieren würden, wie sie wollten? Vielleicht zu einer Welt ohne Atomkraft, aber auch zu einer Welt in der Gerichte nicht mehr die Herrschaft sichern würden und das wollen die Richter\*innen als Teil der Herrschenden wohl um jeden Preis verhindern.

Und genau deshalb gibt auch hier die Staatsanwaltschaft nicht nach: Ich muss verurteilt werden. Verurteilt werden wie so viele andere hier im Moment, die es wagten, die Regierenden in Frage zu stellen: Diejenigen sich nicht mit ein bisschen wohlorganisiertem, abgeschotteten und bedeutungslosen Protest zufrieden geben wollten. Diejenigen, die 2017 gegen die Regierungschef\*innen beim G20 auf der Straße waren und ein deutliches Zeichen setzten: Wir wollen den ganzen Scheiß hier nicht - weder die Staatsschefs, noch die Polizei, noch den Kapitalismus, der für Ausbeutung weltweit sorgt, noch das Streben nach mehr und mehr Macht und Kriegen. Das Streben nach immer neueren, besseren, mehr vernichtenden Waffen macht die Nutzung von Atombomben und Atomkraft erst möglich. Weltweit subventionierten die Staaten die Einführung von Atomkraft, verbunden mit dem Streben nach der Atombombe und grenzenloser Möglichkeit zur Vernichtung.

## **Geschichte der Atomkraft als Geschichte der Staatsgewalt**

Auch in der BRD wurden die ersten Atomkraftwerke nur gebaut, weil etwa 2/3 der Baukosten vom Staat bezahlt wurden und zusätzlich beschlossen wurde, dass Atomkraftwerke nicht versichert werden müssen – die Risiken waren den beteiligten Technik- und Energiekonzernen einfach zu hoch, aber die Bundesregierung wollte die Option auf eine Atombombe. Befeuert von den Subventionen war bald darauf die Rede von 600 geplanten Atomkraftwerken in der BRD.

Doch von Anfang an war klar, dass die gesundheitlichen Risiken und die eines Unfalls hoch waren: Auch wenn es zu den Anfangszeiten nur Widerstand gegen die Atombomben gab, wurde schon in den 50er Jahren über genetische Strahlenschäden selbst durch minimale Strahlendosen diskutiert. Kommunale Proteste gegen den Bau von neuen Atomkraftwerken oder Atomforschungszentren entwickelten sich lokal an den jeweiligen Standorten. Das Atomkraftwerk in Würgassen wurde ab 1968 trotz Klage und dagegen protestierender Bürgerinitiativen gebaut und lief 17 Jahre lang – ein erstes Anzeichen dafür, dass Gerichte nicht im Hinblick auf Risiken und Gesundheitsschäden für die Bevölkerung entscheiden sondern dafür, dass Unternehmen möglichst hohe Profite machen können und staatliche Atomideologie durchgesetzt wird. Damals gab es sogar einen Atomminister zur Propagierung der Atomkraft und es wurde überlegt, Lebensmittel durch radioaktive Bestrahlung länger haltbar zu machen.

Die Anti-Atom-Bewegung änderte ihre Methoden. In Wyhl halfen 100.000 Unterschriften und zahlreiche Einsprüche nicht gegen den Bau des geplanten AKWs und trotz noch fehlender Genehmigungen sollte der Bau begonnen werden – bei industriellen Großbauprojekten wie damals in Wyhl oder heute zum Beispiel beim Kohlekraftwerk in Datteln sind fehlende Genehmigungen und vernachlässigter Umweltschutz keine Hinderungsgründe für einen Baubeginn. Daraufhin wurde

der Bauplatz in Wyhl besetzt und damit nicht nur Recht gebrochen, sondern auch ein Atomkraftwerk verhindert – trotz brutaler Räumung des Bauplatzes durch die Polizei. Dort protestierten zum ersten mal lokal Ansässige gemeinsam mit auswärtig Angereisten.

In Gorleben konnte die Errichtung einer Wiederaufarbeitungsanlage zwar verhindert werden, die Räumung der Besetzung gegen das Bohrloch zur Errichtung eines Atommülllagers traumatisierte jedoch zahlreiche Aktive – wieder hatte der Staat mit aller Macht zugeschlagen. Die Auseinandersetzungen befeuerten jedoch die öffentliche Diskussion und die breite Ablehnung der Atomkraft in der Bevölkerung, was auch zum Bau von ersten Windrädern und Solaranlagen führte und damals noch belächelt wurde.

In Brokdorf wurde zum Schutz des Bauplatzes nicht nur ein Zaun sondern gleich auch ein Wassergraben wie bei mittelalterlichen Burgen errichtet – trotzdem versuchten Atomkraftgegner\*innen auf den Bauplatz zu kommen und rissen den Zaun mit Wurfhaken ein – die Polizei rüstete auf. Die Einführung von Spezialeinsatzkräften wie dem USK in Bayern geht auf diese Zeit der Auseinandersetzungen um die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf und die Bauplätze von Atomkraftwerken zurück. Zwei Menschen in Wackersdorf starben an den Folgen des durch die Polizei eingesetzten CS-Gases und konnten den Erfolg nicht mehr feiern. Die Schlachten um das AKW in Brokdorf gingen sowohl auf juristischer als auch auf der Ebene direkter Auseinandersetzungen für die Anti-Atom-Bewegung auf den ersten Blick verloren. Während die Gerichte die Baugenehmigungen abnickten wurden viele Atomkraftgegner\*innen verurteilt und sogar in den Knast gesteckt wegen der Auseinandersetzungen um Wackersdorf, Brokdorf und Grohnde. Doch die Bewegung ließ sich nicht einschüchtern, demonstrierte, baute Windkraftträder und sabotierte Strommasten. Letztendlich wurde danach in der BRD kein neues Atomkraftwerk mehr geplant.

### **Wer die Kriminellen sind**

Auch bei den aktuelleren Auseinandersetzungen um die Atommüllagerung in Gorleben zeigt sich, dass der jahrelange Widerstand gegen die Castor-Transporte mit Demonstrationen, Sitzblockaden, Kletter- und Anketaktionen und Sabotage der Gleisanlagen Wirkung zeigt: Es sollen momentan keine neuen Castoren nach Gorleben kommen. Dass Wassereinschlüsse den dortigen Salzstock völlig unbrauchbar machen und Salzstöcke von vorneherein einsturzgefährdet sind ist weithin bekannt und die Frage der Lagerung des radioaktiven Mülls wird neu diskutiert. Die Energiekonzerne haben sich Ende letzten Jahres mit einem im Vergleich zu den real erwartbaren Kosten marginalen Betrag freigekauft und es mittlerweile geschafft, auch diese Kosten auf die Gesellschaft abzuwälzen.

Aber werfen wir nochmal einen Blick zurück, um zu erkennen, was mir hier genau vorgeworfen wird und was wem nicht vorgeworfen wird. Vor über 50 Jahren wurde zum ersten Mal radioaktiver Müll in der Schachanlage Asse II eingelagert, später kam chemotoxischer Müll dazu. In das sogenannte „Versuchsendlager“ wurden 126.000 Fässer eingelagert, teilweise einfach von einem LKW abgekippt. Eine Bergung ist so heute nahezu unmöglich, obwohl Wasser in die Schachanlage einsickert und so das Grundwasser radioaktiv zu verseuchen droht, der offizielle Begriff dafür lautet „versuchsweise nicht rückholbare Endlagerung“.

Der Verantwortliche für die Einlagerung in der Asse, Dr.-Ing. Klaus Kühn erhielt für seine Forschungsarbeit viele Auszeichnungen – 1990 das Bundesverdienstkreuz, obwohl er mit seiner Prognose „die Gefahr von Wasser- oder Laugeneinbrüchen als minimal anzusehen bzw. mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit sogar auszuschließen“ definitiv falsch lag – schon 1988 kam es zum Laugenzutritt – Dr. Kühn bedauerte, dass er nicht weiter einlagern durfte. Wissenschaftler mit korrekteren Prognosen wie Dipl.-Ing. Helge Jürgens mit seiner wissenschaftlichen Abhandlung unter dem Titel „Atommülldeponie Salzbergwerk Asse II:

Gefährdung der Biosphäre durch mangelnde Standsicherheit und das Ersaufen des Grubengebäudes“ fanden dagegen keine Arbeit mehr in der Region.

Es ist schon bemerkenswert, dass das "Füttern" - sprich das Einlagern - von 126.000 Fässern mit radioaktivem und chemotoxischem Müll in einen nassen Salzschacht keine rechtlichen Konsequenzen nach sich zieht. Strafbar soll aber das Füttern einer angeketteten Person sein. Verstehen Sie mich nicht falsch, ich will nicht, dass irgendwer bestraft wird, keine Strafe der Welt würde das verursachte Problem mit dem Atommüll lösen – Strafe ist dazu schlichtweg ungeeignet. Auch meine Bestrafung ändert nichts an den ungelösten Problemen mit den Hinterlassenschaften der Atomkraft, vielleicht rückt sie höchstens das Gefühl wieder gerade, dass die Atomkraftgegner\*innen die „bösen Kriminellen“ sind, nicht die Atomkraftbetreiber\*innen – ich behaupte, genau darum geht es hier.

### **Aktuelle Auseinandersetzungen um die Atomkraft**

Trotz des sogenannten Atomausstiegs versorgen in der BRD die Urananreicherungsanlage in Gronau und die Brennelementefabrik in Lingen weltweit Atomkraftwerke mit atomarem, strahlendem Brennstoff und produzieren dabei weiteren Atommüll. Die Anlagen haben eine unbefristete Betriebsgenehmigung – hier bleibt also noch viel zu tun. Versorgt werden sie durch zahlreich stattfindende Atomtransporte.

Werfen wir einen Blick auf die Urananreicherungsanlage in Gronau. Der Transport, über den hier verhandelt wird, sollte Uranerzkonzentrat nach Frankreich bringen, wo es zu Uranhexafluorid umgewandelt wird. Dort umgewandeltes Uranhexafluorid wird auch ins westfälische Gronau gebracht, um dort angereichert zu werden. Die Urananreicherungsanlage ist wohl das beste Beispiel für den zivil-militärischen Komplex der Atomkraft und die Verbindung mit dem Machtstreben der Staaten. Mit der Urananreicherungsanlage ist es mit wenigen Umbauten innerhalb von 4-5 Wochen möglich Uran so hoch anzureichern, dass damit Atombomben gebaut werden können. Die Bundesregierung wollte die Anlage deshalb unbedingt in Deutschland und will sie auch heute noch behalten. So schreibt sie in der Antwort auf einer kleinen Anfrage 2013, dass der Weiterbetrieb der Anlage „Ansehen und Einfluss Deutschlands im Kreise der Staaten des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen“ stärke und der Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen diene sowie dank „völkerrechtlich vereinbarter Unternehmenskonstruktion“ ein „internationales Vorbild im Hinblick auf nukleare Nichtverbreitung“ sei. Die Firma Urenco, die die Anlage in Gronau betreibt gehört zu je einem Drittel dem britischen und dem niederländischen Staat. Das restliche Drittel teilen sich RWE und EON. Wie gut es mit der Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen bei Urenco klappt, zeigt sich bei einem Vorfall aus den 70er Jahren, als ein Austauschwissenschaftler die Pläne für die Anlage stahl – mutmaßlich kommt mindestens die Atombombe in Pakistan aus dieser Quelle, wahrscheinlicher sind die Pläne auch noch an andere Staaten weiter verkauft worden. Wichtig ist hier also nicht die Verhinderung der Verbreitung von Atomwaffen, sondern schlicht das Machtinteresse der Herrschenden in der BRD. Von Franz-Josef Strauß bis Angela Merkel.

Auch in Gronau und gegen die Transporte, die zur Anlage und von da weg fahren gibt es seit Jahrzehnten Proteste, die jedoch mit diesen Machtinteressen und einer praktisch gekauften Bevölkerung ein schwieriges Standbein haben – Urenco spendet an nahezu jeden Verein in Gronau und zahlt 1/3 der kompletten Gewerbesteuererinnahmen. So funktionieren Atomkraft und Herrschaft.

In Lingen, etwas nördlich von Gronau, gibt es einen weiteren Produktionsschritt der Atomindustrie. Dort wird das Uranhexafluorid konvertiert zu Uranoxid, zu Pulver zermahlen, in Tabletten gepresst und in Hüllrohre verfüllt – heraus kommen Brennelemente, in der BRD produziert für fast ganz Europa. Dass auch diese Anlage alles andere als sicher ist, zeigte ein Brand im Dezember 2018, bei dem eine nukleare Probe Feuer fing und ein Labor komplett zerstört wurde. Die Firma vertuschte, es hieß die Bevölkerung müsse sich keine Sorgen machen und erst nach und nach kam ans Licht,

dass der Brand weder klein noch außerhalb von nuklearen Bereichen gewesen war. Im Zweifel können wir uns weder auf die Kommunikation der Firmen noch auf die der Behörden verlassen – selbst nachmessen ist der einzige Weg. Sicherlich wird die Strafanzeige gegen die Betreiber\*in wegen Verletzung ihrer Sorgfaltspflicht bald eingestellt werden – so geht es wenn die mit Geld angezeigt werden.

Brennelemente aus Lingen kommen quer durch Europa zum Einsatz, wie im letzten Jahr auch über Anti-Atom-Kreise hinaus öffentlich wurde, auch in den bröckelnden und rissigen Reaktoren in Tihange und Doel in Belgien oder den maroden Atomkraftwerken Fessenheim und Cattenom in Frankreich. Das Füttern eines gegen diesen Wahnsinn protestierenden Menschen soll strafbar sein – aber das "Füttern" eines "Bröckelreaktor" mit Brennelementen offensichtlich nicht. Diese Beispiele machen klar, wo die Justiz steht, worin sie ihre Aufgabe sieht und worin nicht.

### **Atomtransporte und der Hamburger Hafen als Tor zum Tod**

Ein größerer Teil des in Gronau angereicherten Urans wird nicht direkt nach Lingen gebracht, sondern vielmehr wieder exportiert. Viel von dem dort angereicherten Uran wird wieder über den Hamburger Hafen verschifft. Alle zwei Tage geht über das Stadtgebiet von Hamburg ein Versorgungstransport für die Atomindustrie – alle drei Tage wird einer im Hafen umgeschlagen. Die Transporte stehen dabei wie hier – so lange kein Protest von Atomkraftgegner\*innen erwartet wird – unbewacht in Hafenanlagen oder direkt auf der Schiene herum. Es wird niemand vor der radioaktiven Strahlung gewarnt oder aufgeklärt über das, was die Transporte für die Atomwirtschaft bedeuten.

Der vielgerühmte Hamburger Hafen ist nicht nur das Tor zur Welt, sondern auch das Tor zum Tod: Hier werden Waffen, Munition und radioaktive Stoffe umgeschlagen, riesige Kreuzfahrtschiffe sorgen für noch schnelleren Klimawandel und auf den Schiffen arbeiten die meisten Menschen für einen Niedrigstlohn. In den Containern, um die es hier geht, waren etwa 900 Tonnen Uranerzkonzentrat. Da für eine Tonne Uran in der Rössing-Mine in Namibia etwa 18.000 Tonnen Urangestein abgebaut werden, sind bereits zu diesem Zeitpunkt 16 Millionen Tonnen radioaktiv strahlender Abraum und Schlamm entstanden – radioaktiver Müll, der beim Uranabbau durch Aussortieren und Auswaschen des Urans entsteht und unter freiem Himmel auf aufgeschütteten Hügeln oder in Schlammbecken lagert. Die radioaktiv strahlenden Teilchen werden weg geweht und von der ansässigen Bevölkerung eingeatmet, die dann von innen verstrahlt und krank wird. Dazu verbraucht der Uranabbau in den Wüstengebieten Namibias - aus denen ein Teil des hier transportierten Uranerzkonzentrats kommt - große Mengen Wasser, die dann als Trinkwasser fehlen. Beim Uranabbau verbrauchen die eingesetzten Schublader riesige Mengen Benzin. Da das jedoch woanders und außerhalb unseres normalen Sichtfeldes passiert, verbreiten hier die Energiekonzerne weiterhin die Lüge von der CO2 freien Energie Atomkraft. Wenn wir diese Transporte durch Hamburg tolerieren, beteiligen wir uns an den Umweltzerstörungen in Namibia. Und bisher hat noch kein Gericht die Einfuhr von Uran verboten – im Gegenteil: ein Umschlagverbot für radioaktive Stoffe über den Hamburger Hafen wird auch deshalb nicht umgesetzt, weil es juristisch nicht haltbar sein soll. Auch das zeigt, wen die Gerichte schützen und wessen Interessen nichts bedeuten.

Wie bereits an den Castor-Transporten deutlich wurde, ist das Stoppen von Atomtransporten ein brauchbares und zielführendes Mittel um gegen die von diesen abhängenden Anlagen vorzugehen. Auch hier agieren Gerichte zur Kriminalisierung des Widerstandes – auch das Gericht in Hamburg-Harburg hat in den letzten Jahren Atomkraftgegner\*innen wegen ihrer offensiv geäußerten Kritik an Atomtransporten verurteilt.

## Die Logik der Gerichte

Die Gerichte bewegen sich in einer Logik, in der nicht das Wohl der Menschen und ein gutes, gesundes und freies Leben für möglichst alle im Vordergrund stehen, sondern in letzter Instanz die Profii Interessen der Besitzenden in einem wahnsinnigen Wirtschaftssystem. Es ist ihre Funktion und Aufgabe, den Wahnsinn dieses Kapitalismus allgemein durchzusetzen, als Norm und Normalität zu setzen, dafür zu sorgen, dass keine Stimme oder gar Handlung der Vernunft die Allgemeine Verrücktheit stört. So kommt es, dass Menschen verurteilt werden, die auf Schienen liegen während diejenigen, die dafür verantwortlich sind, dass noch in Jahrhunderttausenden ganze Weltgegenden radioaktiv verseucht sein werden als unbescholtene Bürger gelten.

Es ist diese Logik nach der im letzten Herbst im Hambacher Forst Menschen eingesperrt und ungestraft gefoltert wurden, weil sie es wagen mit Nachdruck dafür zu kämpfen, dass auch in 50 Jahren noch ein für menschliches, gutes Leben erträgliches Klima herrscht.

Es ist diese Logik, die dafür sorgt, dass diejenigen eingesperrt werden, die sich beim G20-Gipfel gegen die Herrschenden stellten und ihre gepanzerten Helfershelfer mit Steinen angriffen und nicht diejenigen, die dafür sorgen, dass Bomben produziert und geworfen werden, unter denen tagtäglich Menschen sterben.

Es ist klar, dass mit diesem Staat und seinen Beamten in ihren Räumen darüber gar nicht verhandelt werden kann. Der Wahnsinn sitzt zu tief. Deshalb wird dieses Gericht weiterhin stumpf die widerlichen Interessen der Atomindustrie, des Hamburger Hafens und des Senats durchsetzen. Erfolg haben im Sinne einer Unterbindung der Proteste wird es damit nicht. Die letzte spektakuläre Aktion hier in Hamburg war eine Kranbesetzung gegen Kohle- und Atomkraft im letzten Herbst, gerade findet „Lesen ohne Atomstrom“ mit explizitem Positivbezug auf die hier verhandelte Aktion statt und mit Sicherheit wird es weiter gehen.

## Gute Gerichte?

Jetzt ließe sich argumentieren: „Aber es gibt ja auch gute Gerichtsentscheidungen, zum Beispiel den Rodungsstopp im Hambacher Forst oder die Anerkennung von rechtswidrigen Polizeimaßnahmen oder auf die Atomkraft bezogen die Gerichtsentscheidungen zum Stopp des Baus der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf“.

Schauen wir uns doch einige Beispiele näher an: Gerichtsentscheidungen zu **rechtswidrigen Polizeimaßnahmen** gibt es ständig. Allein beim Einsatzleiter der Polizei beim G20-Gipfel Hartmut Dudde, hatten Gerichte bereits zuvor 7mal rechtswidrige Maßnahmen festgestellt, nach Abschluss aller Beschlüsse zu den laufenden Verfahren wegen Einsätzen beim G20 werden weitere hinzukommen. Mit welchen Konsequenzen? Er wurde befördert.

Auch ich habe Urteile erstritten, bei denen die Polizei mich rechtswidrig eingesperrt hat, andere Aktivist\*innen noch viele mehr. Der Wert davon? Bedeutungslos, denn beim nächsten Einsatz läuft es wie gehabt, erst mal wegsperren. Oft sogar noch begleitet von einem gönnerhaften „Sie können sich ja später beschweren“.

Hier ist das in der Logik der Gerichte und Gerichtsverfahren schon angelegt, dass diese Verfahren als Feigenblatt für die Gerichte dienen. Festgestellt werden kann die Rechtswidrigkeit immer erst im Nachhinein, die Einsschränkung der persönlichen Freiheit und möglicherweise traumatisierende Erfahrungen auf Polizeistationen sind dann bereits geschehen. Bei der Polizei ändert sich nichts, meistens werden die Beamt\*innen, welche die Maßnahmen angeordnet oder durchgeführt haben, nicht mal über die Rechtswidrigkeit ihrer Befehle oder Handlungen informiert. Das ganze System ist nicht darauf angelegt, Schutz vor der Polizei für Marginalisierte oder Oppositionelle zu schaffen.

Die langfristige Konsequenzen? Mehr Rechte für die Polizei: Die Strafen für das sich-Wehren gegen übergriffige und gewalttätige Polizeihandlungen wurden verschärft und die Möglichkeiten der Polizei Menschen einzusperren und in ihrer Freiheit zu beschränken durch rassistische Kontrollen, Überwachung, Hausarrest oder Fußfesseln werden gerade ausgebaut.

Zum den nächsten beiden Beispielen: In **Wackersdorf** wurde in den 80er Jahren mit dem Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage für Atommüll begonnen (mit der auch Plutonium für Atomwaffen hätte gewonnen werden können). 1988 erklärte ein Gericht die Bauplanung für nichtig. Wieder ein Gericht – passt das zu eurer Erinnerung, dass es in Wackersdorf um eine juristische Auseinandersetzung ging? Zu meiner nicht. Wackersdorf war einer der Kristallisationspunkte der Anti-Atom-Bewegung. Der Protest ging los mit lokalen Bürger\*innen-Initiativen und friedlichen Demonstrationen mit bis zu 50.000 Menschen, noch einige Monate vor Tschernobyl. Nach der juristischen Genehmigung durch das Bayerische Verwaltungsgericht zur Rodung des Taxöldner Forsts entstand das erste Hüttendorf, zwei Tage später durch Tausende Polizist\*innen geräumt mit fast 900 Festnahmen. Wenige Wochen später stand die nächste Besetzung, damals noch nicht auf den Bäumen – nach Weihnachten wieder geräumt. Zusätzlich wurden die Anwohner\*innen durch Polizeimaßnahmen immer mehr eingeschränkt, Demonstrationsverbote und Hausdurchsuchungen wurden Normalität, ebenso wie militanter Widerstand, der auch von der lokalen Bevölkerung unterstützt wurde. Immer wieder kam es am Bauzaun zu heftigen Auseinandersetzungen mit Steinen, Stahlkugeln und Seilen mit Widerhaken zum Einreißen des Zauns auf der einen Seite, Wasserwerfern mit CS-Gas, Blendschockgranaten und Gummigeschossen auf der anderen. Zwei Menschen starben im CS-Gas-Nebel und mitten in den Kämpfen explodierte das AKW in Tschernobyl. Auch ein Resultat: Es wurden neue Polizeieinheiten gegründet, Gerichtssäle terrorisierender ausgebaut und die Polizeigesetze verschärft (eine von vielen Parallelen zur Gegenwart). Die Gegner\*innen der Wiederaufarbeitungsanlage glaubten schon, sie hätten verloren und kämpften doch noch immer, dann kam die Gerichtsentscheidung. Vielleicht die letzte Möglichkeit für die Herrschenden sich von einer Auseinandersetzung mit Gesichtswahrung zurück zu ziehen?

Im **Hambacher Forst**, etwas aktueller, wurde im Oktober ein Rodungsstopp gerichtlich verkündet. Nach Jahrzehnten Widerstand durch örtliche Bürger\*innen-Initiativen wie die „Buirer für Buir“, nach zehn Jahren Klimacamps, nach mehreren Massenaktionen gegen den Braunkohleabbau. Nach sechs Jahren Besetzung, immer wieder Auseinandersetzungen, friedlichen und militanten mit RWE und Polizei, der Einrichtung eines „Gefahrengebietes Hambacher Forst“, nach einer drei Wochen lang dauernden Räumung, einem Toten und einer persönlichen Hass-Kampagne des Innenministers gegen alle Protestierenden. Nach Jahren voller Gewalt durch Polizist\*innen, nach zahlreichen Gerichtsurteilen, die Menschen wegen Kleinigkeiten in Untersuchungshaft sperren oder wegen Trommeln zu 9 Monaten Haft verurteilten, nach jahrelangem Durchwinken von allen Genehmigungen für den Braunkohleabbau für RWE. Nach all dieser Zeit sagt ein Gericht doch tatsächlich: Man könne den Wald nicht abholzen bevor die Klage gegen die Abholzung entschieden wäre. Eigentlich logisch und doch hatte niemand damit gerechnet. Zu fest waren alle Beteiligten davon ausgegangen, dass die Gerichte natürlich die Interessen von RWE durchsetzen – schon diese Erwartungshaltung zeigt, wie tief es verankert ist, dass Gerichte natürlich die Interessen von Atom- und KohleKonzernen wie RWE schützen. Und es ist ja auch nicht so, als wäre diese Gerichtsentscheidung die Rettung des Forstes. Wie heißt es so schön? Aufgeschoben ist nicht aufgehoben und vielleicht kommen auch wieder Zeiten mit weniger Protest, in denen ein Gericht keinen Massenaufstand zu fürchten hat, wenn es wieder – wie gewohnt – standesgemäß entscheidet.

Und immer gilt: Gerichtsentscheidungen sind nicht unabhängig, damals nicht, heute nicht. Richter\*innen sind beeinflusst von dem, was um sie herum geschieht. Wenn auch sie sehen, wie unsinnig es ist, den Wald abzuholen oder wie risikoreich der Bau eines Atomkraftwerks ist, werden

sie davon beeinflusst, wenn auch vielleicht später als die meisten anderen auf Grund ihrer Verhaftung in Staatslogiken. Beeinflusst werden sie durch Argumente, aber immer wieder auch dadurch, dass sie sehen, wie sehr sich Menschen für ihre Umwelt einsetzen, mit wieviel Kraft, Energie und persönlichem Risiko. Vielleicht etwas, was ihnen Respekt abnötigt, vielleicht aber auch etwas, bei dem sie sehen, wie hart oder nahezu unmöglich es für die Regierenden wird, diesen Widerstand zu brechen. Militärisch ist uns der Staat zwar überlegen, aber den Verlust an Legitimation und Rückhalt, den es bedeuten würde, rücksichtslos Gebiete wie den Hambacher Forst oder auch die Rote Flora zu zerstören kann sich die Politik eben möglicherweise nicht leisten. Dann ist ein Gerichtsurteil vielleicht eine letzte Reißleine für die Regierung. Ein einziger Weg, halbwegs gesichtswahrend aus der Sache heraus zu kommen. Denn welche Regierung gibt schon zu, dass ein Haufen Straftäter\*innen (oder populistischer „anarchistischer Chaot\*innen“) eine Auseinandersetzung gewonnen hat?

## **Machterhalt durch Gerichte**

Herrschende sind am Machterhalt interessiert, das heißt aber auch sie können nicht zugeben, dass sie dauernd außerhalb des gesetzlich vorgeschriebenen Rahmens beeinflusst werden. Deshalb werden Gerichtsurteile gefällt, in denen es dann eine NGO (Nicht-Regierungs-Organisation) ist, die sich brav an den Klageweg gehalten hat, welche den Forst vorerst gerettet hat. Das passt eben einfach besser in die Geschichtsschreibung. NGOs sind weniger problematisch anzuerkennen, sie stellen nicht Herrschaft oder Gesellschaftssysteme als ganzes in Frage, sie sind Teil des Systems und eben auch dazu da, in einem solchen Fall Verantwortung und Sieg zugeschoben zu bekommen.

Aus Work (crimethinc):

*Dabei verdanken Reformist\_innen die erreichten Zugeständnisse häufig den Kompromisslosen. Linksliberale und Reaktionäre behaupten, dass konfrontativer Widerstand Dissens delegitimiere, aber tatsächlich zwingt er den Staat dazu, Reformist\_innen anzuerkennen. Die Schwarze Bürgerrechtsbewegung hätte nie diesen Erfolg gehabt, ohne die dazugehörige Bedrohung, die durch Militante wie Malcom X und später die Schwarzen Panther ausgeübt wurde. Die Befürworter\_innen von Reformen erreichen ihre Durchbrüche und Auszeichnungen, während ihre ehemaligen Kamerad\_innen getötet oder eingesperrt werden – tatsächlich werden diese Durchbrüche und Auszeichnungen unter der Voraussetzung eingeräumt, dass sie ruhig bleiben, während die Rebell\_innen vernichtet und aus der Geschichte herausgeschrieben werden. Das gibt nachfolgenden Generationen einen falschen Eindruck davon, wie sozialer Wandel geschieht – und suggeriert, dass er nur durch Ersuche an die Mächtigen durch die richtigen institutionellen Kanäle bewirkt werden könne.*

Umso wichtiger ist es, die eigenen Erfolge auch als solche darzustellen. Erst vor wenigen Wochen betonte das AG Harburg in einem Urteil ebenfalls wegen der hier streitgegenständlichen Anketaktion, es sei fest davon überzeugt, dass der Angeklagte nicht daran geglaubt habe mit seiner Aktion irgend etwas zu verändern. Ich widerspreche. Er hat es nicht nur geglaubt und glaubt es noch immer, er hat damit auch Recht, denn: Ja, auch Aktionen wie die hier verhandelte werden zum Stopp von Atomtransporten und zum endgültigen Atomausstieg beitragen. Und auch wenn das alles nur kleine Puzzleteile sind im Kampf für eine Welt, die sich an den Bedürfnissen von Menschen und Tieren orientiert – ich sehe sie und wehre mich gegen Vereinnahmungen oder die Darstellung, dass alles ja ach so friedlich verlaufen wäre oder nur Gerichtsurteile oder auslaufende Verträge am Stopp von Atomkraftwerken und Atomtransporten Anteil hätten. Das ist schlichtweg kurzsichtig und übersieht die vielfältigen Ursachen und politischen Einflüsse.

## **Mehr als Atomkraft**

Es geht um mehr als Atomkraft. Es geht um den Aufbau eines grundlegend anderen Miteinanders. Einer Welt, die ohne Gerichte funktioniert. Einer Welt in der wir darauf achten, was um uns herum passiert und eingreifen, wenn Zerstörung geschieht: Zerstörung durch den Uranabbau, der verseuchte Erde hinterlässt, Zerstörung durch Atomkatastrophen. Eine Welt die ohne Gerichte auskommt, ohne Polizei, eine Welt in der niemand eingesperrt wird. Um zu dieser Welt zu kommen, müssen wir selbst Hand anlegen, brauchen die Erfahrungen aus Aktionen, aus Kämpfen, aus Niederlagen und Siegen, aus dem Ausprobieren, Scheitern und Gelingen. „Es gibt keine Abkürzung zur Freiheit; politische Parteien oder Führer\_innen können sie nicht für uns erkämpfen, sie können sie uns nur nehmen.“ (crimethinc) Gerichte werden sie uns nicht geben können.

Deshalb wird es von mir keine Reue geben und auch keine Aussage dazu was ich gemacht oder nicht gemacht habe, ich werde diesem und anderen Gerichten nicht dabei helfen, Freiheiten zu nehmen.

Und deshalb lohnt es sich weiter zu kämpfen. Auf den Gleisen gegen Kohle- und Atomkraft oder hier vor Gericht gegen die Widerstände des Staates gegen jede emanzipatorische Veränderung. Wie es auf einem Plakat an der Wand der roten Flora aktuell zu lesen steht „Atomstaat verpiss dich“. Oder anders: Für den Sturz der herrschenden Rechtsordnung und für unser aller Freiheit.